

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 389

Andreas Rödder

Wertewandel im geteilten und vereinten Deutschland

J.P. BACHEM MEDIEN

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ thematisiert aktuelle soziale Fragen aus der Perspektive der kirchlichen Soziallehre und der Christlichen Sozialethik.

THEMEN DER ZULETZT ERSCHIENENEN HEFTE:

Januar 2012, Nr. 386: Markus Vogt

Der weite Weg in die Bildungsrepublik. Anmerkungen zu Aspekten der Wertevermittlung

Februar 2012, Nr. 387: Peter Schallenberg / Thomas Berenz

Soziale Marktwirtschaft für Europa?

März 2012, Nr. 388: Boris Krause

Vertrauen in Zeiten der Krise

VORSCHAU:

Mai 2012, Nr. 390:

Johannes Wallacher zum Themenbereich „Ökonomische Glücksforschung“.

Juni 2012, Nr. 391:

Markus Vogt zum Themenbereich „Gerechtigkeit in der Sozialen Marktwirtschaft“.

September 2012, Nr. 392:

Jörg Althammer zum Themenbereich „Gesundheitspolitik“.

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61/8 15 96-0 · Fax 0 21 61/8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2012

© J.P. Bachem Medien GmbH, Köln

ISBN 978-3-7616-2512-5

„Der Sonntag, an dem ich Weltmeister wurde“ – unter diesem Titel beschreibt Friedrich Christian Delius den 4. Juli 1954, einen Tag in der autoritären Enge eines protestantischen Pfarrhauses in einem nordhessischen Dorf.¹ Das Ortsbild ist geprägt von Ortsbewohnern im Sonntagsstaat, von Landwirtschaft und Kleingewerbe, Pferdefuhrwerken und nur wenigen Automobilen. An jenem 4. Juli 1954 verfolgt ein elfjähriger Junge, sehr zum Missfallen seines gestrengen Vaters vierer Kinder, die knisternde Radioreportage aus Bern, wie Rahn „aus dem Hintergrund“ zum drei zu zwei gegen die ungarischen „Pusztasöhne“ verwandelt.

Als langhaarige Spieler mit überdimensionierten Koteletten am 7. Juli 1974 dank Bernd Hölzenbeins „Schwalbe“ gegen das überlegene Oranje-Team den zweiten WM-Titel für die Bundesrepublik gewannen, da hatte sich auch das Leben im nordhessischen Pfarrhaus verändert. Statistisch gesehen lebte ein elfjähriger Junge in einer Familie mit zwei Kindern. Sie hatte in den letzten Jahren einen erheblichen Wohlstandszuwachs erlebt, besaß ein Auto und verfolgte am eigenen Fernseher im ersten von drei Programmen die Übertragung aus München.

Als Andreas Brehme am 8. Juli 1990 in Rom den vielleicht nicht ganz berechtigten, jedenfalls aber hochverdienten entscheidenden Elfmeter im argentinischen Tor versenkte, stellte sich einem elfjährigen Jungen die Frage, an welchem der drei Fernseher im Haus er das Spiel ansehen sollte. Vielleicht besetzte die ältere Schwester eines der Geräte, weil sie mit ihrem Freund, der bei ihr übernachtet hatte, eine Sendung auf einem der neuen Privatsender ansehen wollte – wenn der Junge eine Schwester hatte. Denn die Zahl der Kinder in Deutschland war zurückgegangen, die Zahl der kinderlosen Paare und der Singles, der Alleinerziehenden und der Patchwork-Familien hingegen hatte zugenommen. Während auch im nordhessischen Dorf die Landwirtschaft weitgehend aus dem Ortsbild verschwunden war, arbeiteten seine Bewohner mit einiger Wahrscheinlichkeit in einem recht gut bezahlten Dienstleistungsberuf. Sie verfügten über deutlich mehr Freizeit als ihre Eltern 1954. Dass sie am Morgen vor dem Spiel allerdings zur Kirche gegangen waren, das war weit weniger wahrscheinlich.

Freiheit und Selbstentfaltung, Individualisierung und Pluralität: Wertewandel in der alten Bundesrepublik

Diese zugegebenermaßen etwas freie Soziologie erfolgreicher bundesdeutscher WM-Endspiele verweist, über den Sport hinaus, auf grundlegende gesellschaftlich-kulturelle Wandlungsprozesse in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In ihrem Zentrum steht, was man „Wertewandel“ nennt.

Vom „Wertewandel“ ist seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts die Rede, als die Zeitgenossen spürten, dass sich in den westlichen Gesellschaften etwas verändert hatte – und dies war mehr als nur, wie es oftmals verkürzt hieß, die „Folgen von 1968“.

Verschiebungen im Werte- und Normengefüge

Zunächst nahm sich die sozialwissenschaftliche Forschung dieser Entwicklung an, und ihr Pionier war der Amerikaner Ronald Inglehart. In seinem berühmten Buch über die „Stille Revolution“ aus dem Jahr 1977 stellte er mit Hilfe demoskopischer Methoden fest, dass in den westlichen Wohlstandsgesellschaften auf der Grundlage von Massenkonsum und sozialer Sicherung eine allgemeine Verschiebung der Wertepräferenzen stattgefunden habe.² Werte werden dabei – und so auch im Folgenden – als allgemeine und grundlegende Orientierungsstandards verstanden, die für das Denken, Reden und Handeln auf individueller und auf kollektiver Ebene als verbindlich akzeptiert werden, gleich ob sie explizit artikuliert oder implizit angenommen werden – mithin als eine wertfreie analytische, nicht als eine moralisch-normative Kategorie. Auf der Grundlage von Massenkonsum und sozialer Sicherheit konstatierte Inglehart eine allgemeine Verschiebung von materialistischen zu postmaterialistischen Werten in den westlichen Wohlstandsgesellschaften. Seine Pionierstudien sind freilich wegen ihrer methodisch-theoretischen Freihändigkeit vielfach und mit guten Gründen kritisiert worden, und ebenso fallen seine Kategorien (materialistisch – postmaterialistisch) arg eindimensional aus und sind historisch nicht wirklich bezeichnend.

Differenzierter und plausibler argumentierte Helmut Klages mit seiner Speyerer Wertewandelforschung. Er konstatierte einen veritablen „Wertewandelschub“ zwischen der Mitte der sechziger und der Mitte der siebziger Jahre, der sich in der Folgezeit weniger schubartig, aber kontinuierlich fortgesetzt und in zunehmender Breite etabliert hat. Klages beschreibt die Veränderung der Präferenzen im gesamtgesellschaftlichen Werte- und Normengefüge als eine Verschiebung von Pflicht- und Akzeptanzwerten – Akzeptanz verstanden als die Hinnahme dessen, was ist – hin zu Freiheits- und Selbstentfaltungswerten.³ Pflicht- und Akzeptanzwerte verloren an Bedeutung: Disziplin und Leistung, Ordnung und Pflichterfüllung, Verzicht und Treue, Anpassung und Gehorsam, Bindung und Verpflichtung. Stattdessen gewannen Freiheits- und Selbstentfaltungswerte an Wertschätzung und gesamtgesellschaftlicher Verbindlichkeit: partizipatorische Werte wie Freiheit und freier Wille, Selbstbestimmung, Autonomie des Individuums und Emanzipation von Autoritäten einerseits, und ebenso tendenziell hedonistische Werte wie Genuss, Erfüllung, Ungebundenheit und Abwechslung. Ein zentrales Beispiel dafür ist die Entwicklung

der Erziehungswerte, für die Klages eine „dramatische Scherenbewegung“ seit den mittleren sechziger Jahren feststellt: Während die Wertegruppe „Gehorsam und Unterordnung“ immer weiter an Bedeutung verlor, gewann die Wertegruppe „Selbständigkeit und freier Wille“ in erheblichem Maße hinzu.

Individualisierung und gesellschaftliche Pluralisierung

Bei diesem Wertewandel handelt es sich freilich nicht um eine isolierte Veränderung allein der Einstellungen. Vielmehr steht die Entwicklung in unmittelbarem Zusammenhang mit dem allgemeinen sozialen Wandel – wobei eine der zentralen unbeantworteten Fragen diejenige ist, in welchem Verhältnis der Wandel von Werten bzw. Einstellungen zum einen, von sozialer Praxis zum anderen und schließlich von materiellen Grundlagen und rechtlichen Normen zueinander stehen.

Dieser sozial-kulturelle Wandel lässt sich im Kern als Prozess der gesellschaftlichen Pluralisierung und der Individualisierung begreifen. Er war bereits in der industriegesellschaftlichen Moderne seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert angelegt und verstärkte, ja radikalisierte sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts. Im Zentrum dieser Entwicklung stehen die privaten Lebensformen. Pluralisierung heißt hier zunächst, dass sich aus der Kernfamilie eines verheirateten Ehepaares mit Kindern – der Norm und auch dem Regelfall in den fünfziger Jahren, ebenso der bürgerlichen wie der ländlichen Gesellschaft – allein schon vier Paarkombinationen herausbildeten: verheiratete und unverheiratete Paare mit und ohne (hinzuzufügen wäre: eigene und nicht eigene) Kinder. Hinzu kamen die Alleinerziehenden sowie die dauerhaft Alleinlebenden, meist mit wechselnden Partnerschaften, und homosexuelle Lebensgemeinschaften. Fast alle diese Lebensformen sind als soziale Massenphänomene neu – und historisch neu ist auch gewollte Kinderlosigkeit als ein allgemein akzeptiertes und sozial üblich gewordenes Phänomen.

Die Sozialwissenschaften sprechen von drei Privatheitstypen: einem familienzentrierten, einem partnerzentrierten und einem individualistischen. Zwei von diesen drei Privatheitsformen finden ohne Kinder statt – und so haben sich die Geburtenraten in Deutschland seit den sechziger Jahren beinahe halbiert. Die Reproduktion der Gesellschaft um den Faktor 0,7 geht inzwischen in die zweite Generation – mit den allseits bekannten demographischen Folgen. Kinderlosigkeit, Geburtenrückgang und Pluralisierung der Familienformen stehen dabei in enger Wechselwirkung mit einer Fülle von weiteren Entwicklungen.⁴

Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturierung: Emanzipation – Sexualmoral – Freiheit

Eine der grundlegendsten gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen fünfzig Jahre vollzog sich auf dem Gebiet der Geschlechterbeziehungen, und sie setzt sich erst jetzt in voller Breite durch. Politisch zunächst von der „neuen Frauenbewegung“ in den siebziger Jahren aufgebracht, setzte sich der Anspruch auf Gleichberechtigung bzw. den Abbau von geschlechtsspezifischer sozialer Ungleichheit durch, indem sich vor allem die allgemein akzeptierten Werte und Normen veränderten. Dadurch verschob sich auch schrittweise die bisher empfundene „Normalität“. Was gemeint ist, zeigt sich im Kleinen an unserem automatischen Befremden über einen Satz, der im Wahlkampf von 1972 nicht allzu viele störte: „Wir haben die richtigen Männer“, plakatierte damals die Kölner SPD, und dann: „Wählen Sie Anke Fuchs“.

Noch in den fünfziger Jahren und gerade nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte in der Bundesrepublik das bürgerliche Familienmodell vor: der erwerbstätige Vater und die nicht erwerbstätige Mutter, die sich um Haushalt und Kinder kümmerte. Dies war nicht nur die verbreitete Familienform in Mittelschichtenfamilien, es war auch das Leitbild, gerade für Arbeiter: wenn „Mutti nicht mehr arbeiten“ musste, dann war das ein Ausweis dafür, dass man es „geschafft“ hatte.

Dieses Modell hat sich vollständig gewandelt – bis hin zur Herabwürdigung der nicht erwerbstätigen Mütter, die ihre Kinder unter Verzicht auf Erwerbstätigkeit selbst erziehen, als „Heimchen am Herd“. Jedenfalls hat sich die Gleichberechtigung von Frauen in erster Linie über Bildung und Beruf vollzogen. Berufstätigkeit von Frauen dient heute nicht mehr einem notwendigen Zuverdienst. Sie ist vielmehr (jedenfalls in den akademischen Schichten) Vehikel ihrer Selbstentfaltung und ihrer gesellschaftlichen Positionierung – so wie es in der bürgerlichen Leistungsgesellschaft schon immer ein konstitutives Merkmal gewesen ist, zuvor allerdings allein auf männlicher Seite.

Insofern waren es im Übrigen in besonderem Maße Frauen, die von den Bildungsreformen seit den sechziger Jahren profitierten. Zugleich beförderte die Bildungsexpansion, d. h. die Ausweitung von höherer Bildung, ihrerseits die Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen im Bereich von Werten sowie von Privatheitsformen und Lebensstilen, weil diese Entwicklung in höheren Bildungsschichten weiter verbreitet ist.

Mit dem Modell der sogenannten Ernährer-Hausfrau-Familie und überhaupt, indem die Familie mit eigenen Kindern nicht mehr die Norm darstellt, hat auch die Institution der Ehe an Bedeutung verloren. Noch 1967 fand es weniger als ein Viertel der jungen Frauen in Ordnung, mit einem Mann unverhei-

ratet zusammenzuleben. Wenige Jahre später hatte sich das Verhältnis bereits umgekehrt: Nun fanden gut drei Viertel nichts dabei. Ehe und Elternschaft entkoppelten sich ebenso wie Partnerschaft überhaupt und Elternschaft, und vor allem Sexualität und Ehe.

Dahinter steht – zweitens – ein Wandel der Sexualmoral, der weit über die sogenannte „sexuelle Befreiung“ im Umfeld von „1968“ hinausging. Er wurde vielmehr durch allgemeine gesellschaftlich-kulturelle Prozesse vorangetrieben, in diesem Falle nicht zuletzt durch die Massenmedien im Zeitalter des dualen Rundfunksystems. Eine medial vermittelte Normalität von Sex und Partnerwechsel waren letztlich für die Breite der Bevölkerung wohl bedeutsamer als die Kommune I oder der revolutionäre Frankfurter „Weiberrat“ der frühen siebziger Jahre. Ob man dies – positiv – als Liberalisierung oder – kritisch – als Permissivität bezeichnen will, ist nicht Aufgabe der wissenschaftlichen Analyse. Es geht um den Befund einer Entnormativierung der Sexualmoral: von enger Regulierung hin zu Sex als ubiquitärem Freizeitvergnügen.

Dies führt zur dritten Entwicklung: der Freizeitgestaltung. In den fünfziger und sechziger Jahren setzte sich in der Bundesrepublik die moderne Konsumgesellschaft durch. Erstmals in der Geschichte musste die Mehrzahl der Menschen nun nicht mehr in erster Linie für die Sicherstellung ihrer Existenzgrundlage sorgen. Stattdessen konnten sie aus einem Überangebot an Gütern auswählen, das weit über die Existenzsicherung hinausging. Zugleich waren dafür in der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft die nötigen Mittel vorhanden: Geld und Zeit, die in den siebziger und achtziger Jahren durch einen Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit verfügbar wurden. Es war gerade die Freizeit, die für die Menschen immer größere Bedeutung gewann: von Fernreisen und immer mehr Urlauben im Jahr bis zu *workout-Parties* der städtischen Banker und Manager. In den achtziger Jahren begann die zeitgenössische Soziologie – paradigmatisch: das Buch über die „Erlebnisgesellschaft“ von Gerhard Schulze⁵ –, Konsumverhalten und Freizeitgestaltung als wesentliches Element gesellschaftlicher Strukturierung zu begreifen.

Kirchen im Zeitalter der „Postmoderne“

Immer mehr wurde in der Freizeit gesucht, „was die Religion nicht mehr bietet“ – so konstatierte der Soziologe Heiner Meulemann.⁶ Er deutete die gesamten Prozesse von Individualisierung und Wertewandel als eine „Art zweiter Säkularisierung“. Zugleich ist es dieser gesamtgesellschaftliche Zusammenhang der westlichen Wohlstandsgesellschaften, in den die Entwicklung der Kirchen und die Entwicklung von Kirchlichkeit eingebettet und ohne den sie nicht zu verstehen ist.

Ein allgemeiner Rückgang von Kirchlichkeit ist an den bekanntlich erheblich rückläufigen Kirchenbesucherzahlen seit den sechziger Jahren ablesbar. Religion ist – im Zuge der Individualisierung – zunehmend privatisiert worden, und Religiosität ist im Zusammenhang der allgemeinen Pluralisierung erheblich diffuser geworden. Zugleich haben die Kirchen erheblich an Einfluss verloren, gesellschaftliche Normen zu setzen, wie sich im Falle der Sexualmoral oder der Abtreibung zeigte. Dabei verweist dieser Prozess auf die allgemeine Entwicklung, dass überhaupt langfristige Bindungen abnehmen: an Kirchen, an politische Parteien, an Vereine oder an Partner, wie nicht zuletzt die Scheidungszahlen anzeigen.

Noch einmal: diese Prozesse der Individualisierung und der Pluralisierung waren in der industriegesellschaftlichen Moderne angelegt, die sich im späten 19. Jahrhundert in Mitteleuropa und den USA durchsetzte. Im Zusammenhang, zumindest im zeitlichen Zusammenhang mit der fortschreitenden Tertiärisierung, d. h. dem Übergang von der industriegeprägten zu einer dienstleistungsbestimmten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, haben sich diese Tendenzen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts in den westlichen Wohlstandsgesellschaften abermals erheblich verstärkt.

Kulturell und intellektuell steht diese Entwicklung in enger Verbindung zur sogenannten „Postmoderne“. Hinter diesem viel strapazierten und oft höchst unklaren Begriff steckt nichtsdestoweniger ein gesellschaftlich-kultureller Basisprozess, der unsere Gegenwart prägt: das Ende der „großen Erzählungen“, wie es François Lyotard nannte⁷, die Zersplitterung der großen Einheiten, des Großen und Ganzen, und die Auflösung übergeordneter Verbindlichkeiten – wie etwa auch des christlichen, zumal des römisch-katholischen Sinn- und Lebensentwurfs – zugunsten einer „radikalen Pluralität“⁸. Verbunden damit ist die „Zerschlagung der Gewissheit“⁹, die der polnisch-britische Soziologe und Philosoph Zygmunt Bauman als das Wesensmerkmal der Postmoderne erkannte.

Wertewandel unter sozialistischen Bedingungen

Wie verhielt es sich demgegenüber mit dem Land, das bei seiner einzigen WM-Teilnahme die westdeutschen Kicker durch das Tor von Jürgen Sparwasser düpierte (und dem Klassenfeind somit im Übrigen den leichteren Weg in das Münchener Finale am 7. Juli 1974 bahnte)?¹⁰

Wesentliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung in den westlichen Gesellschaften treffen für die DDR nicht oder nur sehr bedingt zu: die Tertiärisierung, die gegenüber dem Verharren der ostdeutschen Wirtschaft im schwerindustriellen Paradigma weit zurückblieb; mangelnde Konsummög-

lichkeiten oder eine Pluralisierung, die vom Konformitätszwang des SED-Staates mit der Überordnung des Kollektivs über das Individuum blockiert wurde; oder anstelle der postmodernen „Zerschlagung der Gewissheit“ der Wahrheitsanspruch der einen Partei, auch wenn er, wie wir heute deutlicher sehen, in den achtziger Jahren erodierte.

„Mentalitätswandel“ in der DDR

In der Tat wurden die Wertewandelsprozesse auch in der DDR beobachtet – nicht offiziell und auch nicht durch repräsentative demoskopische Daten gestützt, und vor allem nicht öffentlich kommuniziert und diskutiert, aber doch beobachtet. Einer der wenigen dieser zeitgenössischen Beobachter in der DDR war Walter Friedrich, der Direktor des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig. In einer streng vertraulichen Expertise „über geistig-kulturelle Prozesse in der DDR“, die er im November 1988 für Egon Krenz anfertigte, stellte er „grundlegende Veränderungsprozesse im Denken, Fühlen und Verhalten“ fest.¹¹ Friedrich sprach von einem „Mentalitätswandel“, dem westlichen „Wertewandel“ nicht unähnlich, zumal er in wesentlichem Maße auch aus dem Westen, vor allem über das Westfernsehen, über die Grenzen geschwappt sei.

Dieser „Mentalitätswandel“, so Friedrich, schlage sich darin nieder, dass die Menschen zunehmend die „Anerkennung ihrer Ansprüche und Persönlichkeit“, ihrer Individualität und Selbstbestimmung, nicht zuletzt auf Seiten der Frauen einforderten, dass sie nach „Lebensfreude, Lebensgenuß [und] mehr Sich-Ausleben“ drängten, einschließlich der Sexualität, dass sie sich gegen entmündigende „Gängelei, Bevormundung [und] Dirigismus“ wendeten sowie „nach echter gesellschaftlicher Mitverantwortung“ strebten – in der Diktion von Helmut Klages: ihre Wertepräferenzen hin zu Freiheits- und Selbstentfaltungswerten verschoben, partizipatorischer ebenso wie hedonistischer Art. Sozialistische Werte im engeren Sinne, wie die Anerkennung des Marxismus-Leninismus als Lebensphilosophie oder die hergebrachten Feindbilder – so wieder Walter Friedrich, (Stand 1988) – verlören hingegen „stark an Attraktion.“

Darüber aber werde, so Friedrich weiter, in der DDR kaum gesprochen, erst recht nicht offiziell. Kein Wunder: Wenn er forderte, „wir sollten den Status quo unserer Gesellschaft mehr relativieren“, dann legte er Sprengstoff an die Fundamente der DDR und den Anspruch der SED, als Partei immer recht zu haben und die Gesellschaft als führende Kraft zu lenken. Dabei mutete der sozialistisch etikettierte, staatlich verordnete Tugendkanon weithin traditionell-preußisch an. Das DDR-Jugendgesetz von 1974 etwa fixierte „Eigenschaften wie Verantwortungsgefühl für sich und andere, [...] Beharrlichkeit und Ziel-

strebigkeit, Ehrlichkeit und Bescheidenheit, Mut und Standfestigkeit, Ausdauer und Disziplin, Achtung vor den Älteren, [...] sowie verantwortungsbewusstes Verhalten zum anderen Geschlecht¹² – jene Pflicht- und Akzeptanzwerte, die im Westen zunehmend durch Freiheits- und Selbstentfaltungswerte verdrängt wurden. So waren es denn auch die bundesdeutschen audiovisuellen Medien, die sich zu einer ostdeutschen Ersatzöffentlichkeit entwickelten. Auf diese Weise konnten DDR-Bürger zumindest passiv kontroverse Diskussionen über abweichende Wertvorstellungen verfolgen, die sich auch auf die Lebenswirklichkeit in Ostdeutschland übertragen ließen.

Dort allerdings lief der Werte- oder Mentalitätswandel zeitversetzt und weniger tiefgreifend ab, und unter den Umständen einer ganz anders gelagerten, verordneten politischen Kultur. Der Befund ist mithin ein doppelter: Einerseits ist ein dem Westen grundsätzlich gleichgerichteter, aber verzögerter und latenter Wertewandel in der DDR festzustellen. Andererseits haben wir es mit einem spezifisch ostdeutschen Wertewandel unter sozialistischen Bedingungen zu tun, in dem zugleich in höherem Maße traditionelle Autoritäts- und Pflichtwerte in Geltung blieben, nicht zuletzt – und dies ganz im Gegensatz zum Westen – ein autoritärer Erziehungsstil in Familie und Schule.

Denn, auch dies ist festzuhalten, staatliche bzw. staatssozialistische Normsetzungen blieben keineswegs ohne sozialkulturelle Folgen, gingen trotz aller Nischen und Rückzüge keineswegs spurlos an der Gesellschaft vorbei – wie sich etwa im Bereich der Säkularisierung bzw. Entkirchlichung zeigt, die unter staatlicher Ägide in der DDR wesentlich weiter voranschritt, als es der autonome soziale Prozess im Westen tat.

In diesen Zusammenhängen offenbarte sich die „konstitutive Widersprüchlichkeit“ des zweiten deutschen Staates: eine spezifische Mischung von Modernisierung und Modernisierungsverhinderung, die gewaltige Diskrepanzen schuf, nicht zuletzt zwischen staatlich-parteilicher Propaganda und ökonomisch-gesellschaftlicher Realität.¹³

Ostdeutsche „Zwischenmoderne“

Die Gesellschaft der DDR hatte, so formulierte das ostdeutsche Institut für Sozialdatenanalyse Ende Mai 1990 in einer Studie über „Sozialstruktur und Lebensqualität in beiden deutschen Staaten im Prozeß ihrer Vereinigung“, insgesamt in einer „Zwischenmoderne“ gelebt und dabei, so die Studie weiter, eine „eigene, spezifische sozio-kulturelle Identität“ entwickelt.¹⁴ Diese eigene Identität war vor allem von dichten kommunikativen Beziehungen zu Familie und Freunden geprägt.

Der starke Bezug auf die Familie, der freilich von hohen Scheidungsraten begleitet war und als Gegenwelt zur staatsparteilich verordneten Kultur zu verstehen ist, steht nichtsdestoweniger dem postmodernen Wertewandel im Westen gegenüber, wo Familienorientierung nurmehr einen Privatheitstyp unter mehreren darstellte. Dieselbe Diskrepanz, aber auch eine spezifisch ostdeutsche Ambivalenz ist im Bereich der Arbeit festzustellen, deren sozialkulturelle Bedeutung im Westen zunehmend von Freizeit verdrängt wurde.

In der ostdeutschen Arbeitswelt hingegen kam dem Betrieb als einem dauerhaften Ort nicht nur der Erwerbsarbeit, sondern auch des sozialen Lebens, besondere Bedeutung zu. Dabei wurden in der DDR – bei aller Vorsicht gegenüber der Datengrundlage – die Pflicht- und Akzeptanzwerte Leistungsbereitschaft, Disziplin und Tüchtigkeit dauerhaft hoch geschätzt. Diese Wertschätzung korrespondierte mit dem sozialistischen Arbeitsethos, das der Gesellschaft vorgegeben wurde, indem etwa Kampagnen zur Planübererfüllung (in sozialistischer Transformation des bürgerlichen Wertes) versuchten, Leistungsbereitschaft im Kollektiv zu aktivieren. Dieses Arbeitsverständnis zielte vor allem auf körperliche Arbeit im produzierenden Gewerbe (oder in der Landwirtschaft) mit der Maschine. Ökonomisch und kulturell blieb der Arbeiter- und Bauernstaat in hohem Maße dem schwerindustriellen Paradigma, der zweiten Stufe der industriellen Revolution seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert verhaftet, im Zeichen von Schwerindustrie, Elektrizität und Chemie.

Der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft und insbesondere die mikroelektronische Revolution hingegen blieben weit hinter den Entwicklungen des Westens zurück. Der abgeschottete Stillstand einer funktionsschwachen Planwirtschaft, deren ohnehin niedriger Kapitalstock in den achtziger Jahren zunehmend verschlissen wurde – dies ist die Kehrseite des Januskopfes –, korrumpierte den hochgeschätzten Wert der Arbeit. Zugleich hinterließen die Umstände einer übersubventionierten Fürsorgediktatur, die Konformität mit umfassender sozialer Sicherheit belohnte – wenn auch auf niedrigem materiellem Niveau – ihre tiefen Spuren in der ostdeutschen Gesellschaft. Die Untersuchung des Instituts für Sozialdatenanalyse kam mithin im Frühjahr 1990 zu dem Schluss, „daß souveräne Lebensgestaltung vielfach neu erlernt werden muß und Nachwirkungen systembedingter indifferenter Lebenshaltungen erst allmählich abgebaut werden können.“

Die Wende – ein Modernisierungsschock

Györgi Dalos spricht treffend vom „Freiheitsschock“, der die Gesellschaften Osteuropas nach dem Ende der Diktaturen und dem Verlust überlieferter Wohnheiten und Sicherheiten traf.¹⁵ Und so wurde auch die ostdeutsche

Grundstimmung – nach dem Freiheitsrausch im Herbst 1989 – im Frühjahr 1990 zunehmend verunsichert und negativ. Binnen kürzester Zeit wurde die ostdeutsche Gesellschaft durch das Ende der SED-Herrschaft und den Beitritt zur Bundesrepublik von ihrer „Zwischenmoderne“ in das Zeitalter der Postmoderne und ihrer radikalen Pluralisierung katapultiert. Mit einem Schlag wurde die stillgestellte DDR in die Turbulenzen eines marktwirtschaftlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems mit all seinen Freiheiten und Risiken und der Veränderungsdynamik des mikroelektronischen Zeitalters gestoßen. Zugleich wurden die Ostdeutschen von der heraufziehenden Globalisierung erfasst, die durch den Zusammenbruch des Ostblocks zusätzlich befeuert wurde und die ein nochmals deutlich höheres Maß an Veränderungsgeschwindigkeit und Flexibilisierungsbedarf mit sich brachte.

Auch im Hinblick auf das vereinte Deutschland ergibt sich für die Ostdeutschen ein doppelter, spezifisch ambivalenter Befund: Einerseits waren sie vor der deutschen Revolution von 1989/90 von tendenziell gleichgerichteten Wertewandlungsprozessen erfasst worden. Die Vereinigung führte mithin Menschen zusammen, die über grundlegende gesellschaftlich-kulturelle Gemeinsamkeiten verfügten. Andererseits machten sich die spezifisch ostdeutschen Ausprägungen, die „eigene sozio-kulturelle Identität“ der Ostdeutschen, die mit dem Ende des SED-Staates und dem Beitritt zur Bundesrepublik einen veritablen Modernisierungsschock erlebten, unter den neuen Bedingungen um so stärker bemerkbar.

Tendenzen im vereinten Deutschland

Nach dem Titelgewinn von Rom 1990 blieb in Deutschland nicht nur Franz Beckenbauers Prophezeiung des auf Jahre hinaus unschlagbaren gesamtdeutschen Teams unerfüllt. Schwerer als erwartet fiel den Deutschen in Ost und West auch die Herstellung der „inneren Einheit“ – worüber schnell aus dem Blick gerät, dass sich das Problem der „inneren Einheit“ mehr noch zwischen Deutschen und sogenannten Migranten stellt. Überhaupt stellt sich die Frage, wie viel „Einheit“ es in einer hoch pluralistischen Gesellschaft eigentlich geben kann oder geben soll. Immerhin gibt es benennbare allgemeine Trends und Tendenzen, die wenn nicht wissenschaftlich erhoben, dann eben publizistisch gefühlt und jedenfalls öffentlich diskutiert werden.

Soziokulturelle Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen

Aufs Ganze des ausgehenden 20. Jahrhunderts gesehen, war der postmoderne Wertewandel in der Bundesrepublik, die Präferenzverschiebung von Pflicht- und Akzeptanzwerten zu Freiheits- und Selbstentfaltungswerten, der entschei-

dende, machtvolle Hauptstrom. Wie dieser sich im vereinten Deutschland nach 1990 weiter fortbewegt hat, ist allerdings eine Frage, auf die auch die sozialwissenschaftliche Forschung keine befriedigende Antwort gefunden hat. Vielmehr eröffnet sich ein heterogenes, ja widersprüchliches Bild.

Das Muster der Wiedervereinigung war die Übertragung der westdeutschen Ordnung auf die ehemalige DDR. Was im Bereich der institutionellen Arrangements geschah, schlug sich allerdings nicht gleichermaßen auf kultureller Ebene nieder. Vielmehr blieben gerade auf soziokultureller Ebene – bei manchen Annäherungen – am ehesten Differenzen bestehen. Die Ostdeutschen – zumal die dort Geblienen, während die „Westaffineren“ die neuen Länder in höherem Maße verließen – vollzogen keine schnelle Angleichung an den westlichen Wertewandel. Vielmehr verbreitete sich in den neuen Ländern eine Tendenz zur Differenzmarkierung durch eine ostdeutsche „Abgrenzungsmentalität“. Sie griff auf die eigene ostdeutsche „sozio-kulturelle Identität“ zurück, von der das Institut für Sozialdatenanalyse am Ende der DDR gesprochen hatte, und sie bediente sich, in Abgrenzung von den Westdeutschen, vor-postmoderner Pflicht- und Akzeptanzwerte wie Fleiß und Sparsamkeit in höherem Maße, so jedenfalls der Eindruck, als es Walter Friedrich 1988 beobachtet, wenn auch nicht quantitativ gewichtet hatte.

Die kulturelle Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschen blieb also aus, verlief in jedem Fall wesentlich langsamer als erwartet. Wie aber verlief auf gesamtdeutscher Ebene der postmoderne Wertewandel weiter, um es noch einmal zu erinnern: die Präferenzverschiebung von Pflicht- und Akzeptanzwerten zu Freiheits- und Selbstentfaltungswerten, jene forcierte Pluralisierung und Individualisierung, die wir, aufs Ganze gesehen, als den Hauptstrom der Entwicklungen des späten zwanzigsten Jahrhunderts erkennen?

„Wandel des Wertewandels“?

Während wir leicht feststellen können, dass sich auch in der westlichen Bundesrepublik die Wertewelt des Jahres 2012 erheblich von der des Jahres 1986 unterscheidet, liefert die sozialwissenschaftliche Forschung dazu bedauerlicherweise keine befriedigenden Analysen. Was Soziologen in den neunziger Jahren noch feststellten, war eine zunehmende Bedeutung von Gemeinschaftswerten, vom Wert der Sicherheit und von materialistischen Werthaltungen – woraus manche schon die These vom „Wandel des Wertewandels“¹⁶ ableiteten. Jedoch ist, was Menschen in Umfragen sagen, das eine – das andere ist, was sie täglich *tun*. Und wenn wir auf die soziale Praxis schauen, dann laufen die seit den sechziger Jahren angelegten Prozesse machtvoll und unverändert weiter: der Wandel der Geschlechterbeziehungen bis hin zu *gender mainstreaming*, die Pluralisierung der Sexualmoral – Stichwort „Homo-Ehe“

– und der Privatheitsformen überhaupt, der Rückgang der Geburtenraten und die durch die Massenmedien suggerierten Lebenswirklichkeiten und Normen.

Was die Einen als Liberalisierung und Toleranz bejubeln und die Anderen als Werteverfall und staatliche Überregulierung verdammten, ist dabei so unumkehrbar und so unhintergebar ambivalent wie die gesamte Moderne. Erhebliche Freiheitszuwächse und erweiterte Möglichkeiten der Selbstbestimmung, nicht zuletzt ein partnerschaftlicher statt autoritärer Umgang mit Kindern, gehen einher mit einem dramatischen Rückgang von Geburten, mit dem Verlust von langfristigen Bindungen und der „Zerschlagung der Gewissheit“. Was freilich in den achtziger Jahren als große Errungenschaft der Postmoderne gefeiert wurde – radikale Pluralität als Freiheit –, offenbart heute seine Kehrseite: ein Defizit an Sinn und Verbindlichkeit.

Ausblick

„Wir genießen all die Errungenschaften der modernen Zivilisation. Doch wir wissen nicht genau, was wir mit uns anfangen, wohin wir uns wenden sollen. Die Welt unserer Erfahrungen erscheint chaotisch, zusammenhanglos, verwirrend. Experten der objektiven Welt können uns alles und jedes in der objektiven Welt erklären; unser eigenes Leben aber verstehen wir immer weniger. Kurz, wir leben in der postmodernen Welt, in der alles möglich und fast nichts gewiss ist.“

Diese Worte stammen von Václav Havel – mit der besonderen Sensibilität des osteuropäischen Dissidenten für eine Frage, die sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts mit seinem Systemgegensatz von westlicher Demokratie und östlichem Kommunismus, nach dem historischen Sieg des freiheitlichen Westens über den kollektivistischen Osten stellte: Wofür steht eigentlich die Kultur des Westens und seine Freiheit? Und welche Antworten hat der Westen gegeben, als es mit dem bloßen Antikommunismus nicht mehr getan war?

Nach 1990 stellte sich der Eindruck ein, dass sich die Freiheit des Westens in einem ökonomisch entgrenzten, globalisierten Finanzmarktkapitalismus, in einem radikalen Pluralismus und einer immer schnelleren und umfassenderen digitalen Kommunikation erschöpfte. Dabei führte das westliche Ordnungsmodell zu globalen Wohlstandszuwächsen, einem Technologieschub und einer allgemeinen Beschleunigung der Lebenswelt.

In den letzten Jahren ist der westliche Lebensentwurf indessen fundamentalen Erschütterungen ausgesetzt worden. Der 11. September 2001 steht für eine militante islamische Ablehnung und ihre Herausforderung des Westens. Die Bankenkrise von 2008 enthüllte, auf welchen fragilen Grundlagen und welchen Risiken der globalisierte Finanzmarktkapitalismus beruht, der sich seit den

achtziger Jahren im Westen herausgebildet hat. Ihr folgte die Euro-Krise bzw. die Schuldenkrise innerhalb des Euroraums, die möglicherweise nur ein Vorgeschmack weiterer Krisen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist. Schließlich markierte der Reaktorunfall von Fukushima 2011 einen Zivilisationsschock der modernen Technologie und ihrer Grundlagen.

Was bleibt vom westlichen Lebensentwurf, wenn nicht technischer Fortschritt, ökonomisches Wachstum und gesellschaftlicher Pluralismus? Am ehesten haben sich in den vergangenen Jahren wohl Demokratie und Menschenrechte als moralischer Kern des Westens etabliert. Aber auch Demokratie und Menschenrechte müssten, so nochmals Václav Havel, „an einer anderen Stelle und auf eine andere Weise verankert sein als bisher, wenn sie mehr sein sollen als bloß ein *Schlagwort*.“ Was Havel für die „Erneuerung dieser verlorenen Ganzheit“ ins Auge fasste, waren: Transzendenz und Religion.

Ob dies ein probates gesamtgesellschaftliches Rezept gegen die Leiden der Postmoderne sein kann oder nicht – die historische Erfahrung besagt eher: Nichts kommt zurück. Dennoch zeigt es den Bedarf an Sinn und Orientierung an, der sich in unserer Zeit stellt. Wie wollen wir im Zeitalter der Globalisierung und des radikalen Pluralismus, wie können wir im Zeitalter der vermeintlich überwältigenden Sachzwänge und der verlorenen Gewissheiten sinnerfüllt und selbstbestimmt leben? Das ist die große Zukunftsfrage unserer Gesellschaft, zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung und zwei Jahrhunderte nach dem Beginn der Moderne. Und auch wenn die historische Erfahrung zeigt, dass nichts zurückkommt, so lehrt sie zugleich, dass die Zukunft offen ist – und es an den Menschen liegt, sie zu gestalten.

Anmerkungen

- 1 Friedrich Christian Delius, *Der Sonntag, an dem ich Weltmeister wurde*. Erzählung. Reinbek 1996.
- 2 Ronald Inglehart, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton 1977; Ders., *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt*. Frankfurt a. M. 1989.
- 3 Helmut Klages, *Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen*. Frankfurt a. M. 1984; Ders., *Traditionsbruch als Herausforderung. Perspektiven der Wertewandelsgesellschaft*. Frankfurt a. M. 1993, S. 9 f., 15, 23 und 26.
- 4 Zum Folgenden vgl., mit Einzelbelegen, Andreas Rödder, *Wertewandel und Postmoderne. Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965 – 1990*. Stuttgart 2004, S. 13 – 23.
- 5 Gerhard Schulze, *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*. Frankfurt a. M. 1992.
- 6 Heiner Meulemann, *Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation*. Weinheim 1996, bes. S. 130 – 134 (Zitat: S. 133).

-
- 7 Jean-François Lyotard, Das postmoderne Wissen. Ein Bericht, hrsg. von Peter Engelmann. Wien 1999, S. 13 und 112.
 - 8 Wolfgang Welsch, Unsere postmoderne Moderne. 5. Aufl. Berlin 1997, S. 4 und 18.
 - 9 Zygmunt Baumann, Postmoderne Ethik. Hamburg 1995, S. 332.
 - 10 Vgl. zum Folgenden Jörg Neuheiser/ Andreas Rödder, „Mutations des valeurs“ à l’Est et à l’Ouest? Perspectives historiques et sociologiques, in: Jean-Paul Cahn/ Ulrich Pfeil (Hg.), L’Allemagne 1974 – 1990. De l’Ostpolitik à la Réunification. Villeneuve d’Ascq 2009, S. 129 – 146.
 - 11 Walter Friedrich, Einige Reflexionen über geistig-kulturelle Prozesse in der DDR, Expertise für Egon Krenz vom 21. November 1988, in: Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.), „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89. Berlin 1994, S. 39 – 53.
 - 12 Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, § 1 Abs. 2, zit. nach Yvonne Hammes, Wertewandel seit der Mitte des 20. Jahrhunderts in Deutschland. Auswirkungen des Wandels gesellschaftlicher und politischer Wertorientierungen auf die Demokratie. Frankfurt a. M. 2002, S. 88.
 - 13 Detlef Pollack, Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen? in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 110 – 131.
 - 14 Institut für Sozialdatenanalyse, „Sozialstruktur und Lebensqualität in beiden deutschen Staaten im Prozeß ihrer Vereinigung“ [Ende Mai 1990], Bundesarchiv Berlin, DC 20, 6818, B. 1 – 8.
 - 15 Györgi Dalos, Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa. München 2009, S. 61.
 - 16 Stefan Hradil, Vom Wandel des Wertewandels – Die Individualisierung und eine ihrer Gegenbewegungen, in: Wolfgang Glatzer / Roland Habich / Karl Ulrich Mayer (Hg.), Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Opladen 2002, S. 31 – 47.

Zur Person des Verfassers

Andreas Rödder ist Professor für Neueste Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz.